

# Streuburger Zeitung

## Anzeiger für Konstadt und Bitschen

Die Gebühren für Anzeigen betragen 80 Pfennig für die sechsgespartene Seitenzeile oder deren Raum. Offerten und Auskunftsgebühr 50 Pfennig

Erscheint wöchentlich sechs Mal

Fernsprecher Nr. 27



Bei Platzvorrichtung erhöht sich der Zeilenpreis um 20 Pfennig. Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr vor dem Erscheinungstage

Der Bezugspreis beträgt: 6,00 Mark vierteljährlich, 2,00 Mark monatlich, durch die Post bezogen 6,00 Mark, mit Bestellgeld 6,90 Mark

Nummer 259

Kreuzburg OS., Freitag 10. Dezember 1920

59. Jahrgang

## Rußland will keinen Krieg mit Polen

Wieder neue Waffenfunde .: Regierungsfrage in Deutschland .: Bolschewistischer Geldschwindel

Eine polnische Marineschule in Dirschau .: Die Danziger Regierung gewählt

### Der Friedenswillen der Sowjets

Paris, 8. Dezember. Nach Meldungen aus London erklärte der Sowjetvertreter in London, daß die Geiste, die von der deutschen Presse über einen beabsichtigten Angriff Russlands gegen Polen verbreitet werden, jeder Verständigung entgehn. Sowjetrussland hat die Absicht, alle bis jetzt bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit Polen auf dem Friedensvertrag zu erledigen.

Bekanntlich hat Sowjetrussland an Polen eine Note gerichtet, sobald als möglich den endgültigen Frieden zu schließen.

### Warum wir zu Polen wollen

Die Deutschen behaupten immer, sie hätten in Oberschlesien die höhere Kultur gepflanzt und ihnen verdiente der Oberschlesier seinen angeblichen Wohlstand. In Wirklichkeit hat die preußische Herrschaft in Oberschlesien nicht den Wohlstand der Bevölkerung, sondern nur die Organisation des Ausbeutes des Landes gebracht. Die bisherige Geschichte des polnischen Volkes unter deutscher Herrschaft zeigt, daß die Oberschlesier nicht nur in politischer Hinsicht bedrückt, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht ausgenutzt worden sind. Die Enteignung des oberösterreichischen Volkes von Grund und Boden hat den deutschen Industriunternehmern das notwendige Proletariat geschaffen. Vom ersten Anbeginn des oberösterreichischen Industrie wurde dem oberösterreichischen Arbeiter bedeutend weniger Lohn bezahlt, als in den anderen Industriegegenden des deutschen Reiches. Der oberösterreichische Arbeiter konnte auf keine Weise sich und seine Familie in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht auf ein höheres Niveau bringen, da er mit seinem zahlreichen Anhang nicht einmal das notwendige Existenzminimum verdiente. Dieser Zustand herrschte bis zur Beendigung des Weltkrieges. Als im Jahre 1918 dem polnischen Bergarbeiter in Oberschlesien noch 7,80 Tagesverdienst gezahlt wurde, verdiente beispielsweise der westfälische Bergarbeiter 10,34 resp. 10,30 Mark. (Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919, S. 102, Dr. Weber S. 138.)

Den Tagelöhnen zahlt man in Oberschlesien noch im Jahre 1914 in Ortschaften über 10 000 Einwohnern 1,60 bis 2,60 M., weiblichen Tagelöhnen 1,05 bis 1,50 M. Das sind die niedrigsten Löhne, die in jener Zeit im ganzen Deutschen Reich überhaupt gezahlt worden sind. (Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1914, S. 90 ff.) Auch den Hüttarbeiter wurde bis zum Ausgang des Krieges gleichfalls weniger gezahlt, obwohl die deutschen Arbeitgeber selbst zugeben, daß der Oberschlesier auch im Hüttentriebel ein geschätzter Arbeiter ist.

Auf diese Weise züchtigte man in Oberschlesien seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein polnisches Proletariat, das bis heute nicht fähig war, sich aus seiner schlimmen Lage zu befreien und in Massen sogar gezwungen war, das Land zu verlassen. Um die schreckliche Lage, die Bedrückung und die Knechtung zu zeigen, unter denen der oberösterreichische Arbeiter, d. h. das polnische Element in Oberschlesien lebte, wollen wir einige Zahlen aus der Großindustrie anführen. Die Familie des Grafen Ballestrem besitzt 5 Kohlengruben, 11 Eisenerzgruben, 7 Galmegruben, 6 Zinkhütten, zwei Schwefelsäurefabriken, 6 Ziegeleien, eine Zellulosefabrik und ein Sägewerk. Der Fürst von Pleß besitzt 5 Kohlengruben und eine große Anzahl anderer Industrieanlagen. Fürst Henckel-Dehringen besitzt 6 Kohlengruben, 6 Galmegruben, 6 Hüttenwerke usw. Außerdem sind diese Magnaten Besitzer ausgedehnter Ländereien, einige besitzen auch Kohlengruben und Hüttenwerke in Russisch-Polen und in Oesterreich-Schlesien, daneben sind sie Hauptaktionäre der großen oberösterreichischen Aktiengesellschaften.

In graphischen Darstellungen, mit denen die Deutschen vor aller Welt den Beweis zu erbringen suchen, daß sie ein Recht auf Oberschlesien besitzen, zeigen sie, daß in dem oberösterreichischen Industrieviertel das Anlagekapital in Höhe von 500 Millionen Mark deutsch ist und daß die Polen kaum mit 290 000 M. beteiligt sind. An anderer Stelle führen sie aus, daß Polen 4 Milliarden Mark aufbringen müßte, um das deutsche private Industriekapital in ihre Hände überzuleiten.

An diesen Zahlen versuchen die Deutschen zu beweisen, daß Oberschlesien zu Deutschland gehören muß. Uns zeigt eine solche Beweisführung nur allzudeutschlich, daß das oberösterreichische Volk durch dieses deutsche Kapital gefrechdet wird und daß die Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland aus kapitalistischen Anschauungen heraus unter Geringachtung der Menschenwürde der polnischen Arbeiter abgetötet wird. Nicht das deutsche Industriekapital, sondern der Wille der Einwohner des Landes muß für die Entscheidung maßgebend sein, wohin Oberschlesien gehören soll.

Das Unrecht, welches bisher der einheimischen polnischen Bevölkerung durch das deutsche Kapital zugefügt worden ist, kann wieder gut gemacht werden durch den Anschluß des

## Eine Krise in der deutschen Regierung

Die Regierung gegen die Teuerungszulagen

Berlin, 8. Dezember. Die Forderungen der Beamtenchaft auf Gewährung einer Teuerungszulage haben gestern zu einer parlamentarischen Situation geführt, die gewisse Gefahrenmomente für den Fortbestand der Regierung in sich schließt. Bei einer Besprechung des Finanzministers mit den Führern der Reichstagsparteien haben die Deutschnationalen gestern die Forderung auf Gewährung einer allgemeinen 10prozentigen Teuerungszulage für die Beamtenchaft gestellt. Sowohl Finanzminister Dr. Wirth, wie auch der Minister des Aeußersten Dr. Simons lehnten diese Forderung ab. Ersterer im Hinblick auf die allgemeine Finanzlage, letzterer unter dem Hinweis darauf, daß ein Eingreifen der Entente gegen eine derartige Ausgaben erhöhung zu befürchten sei. Die Deutschnationale Forderung fand darum keine Unterstützung. Ein gleiches Schicksal erlitt die sozialdemokratische Anregung, der Beamtenchaft mit einem Gehalt bis zu 6000 Mark eine 10prozentige Teuerungszulage zu bewilligen. Die Deutschnationalen entschlossen sich daraufhin, ihren Antrag in der Vollsituation des Reichstages zu er-

neuern. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Absicht laut, dieses Begehren zu unterstützen, damit ist die Möglichkeit gegeben, daß die Koalitionsparteien überstimmt werden. Angesichts dieser Gefahr sind Bestrebungen im Gange einen Ausgleich zu schaffen. Dieser wird von Zentrumsseite in der Richtung gesucht, daß eine Neueinteilung der Ortsklassen vorgenommen werden soll. Und den Beamten die Differenz zwischen dieser höheren Ortsklasse gegenüber den bisherigen auszuzahlen sei. Bis zur späten Nachmittagstunde dauerte diese Fühlungnahme an, ohne zu einem endgültigen Resultat zu führen. Im Reichstage ist der deutsch-nationale Antrag nicht mehr auf die Tagesordnung gekommen. Damit ist die Angelegenheit wegen des katholischen Feiertages Mittwoch, bis mindestens Donnerstag vertagt. Reichsminister Dr. Wirth, der bei den Besprechungen die Aeußerung fallen ließ: „Wenn der deutsch-nationale Antrag angenommen wird, dann bin ich Finanzminister gewesen“, hofft in dieser kleinen Spanne Zeit einen Vergleich der Deutschnationalen auf ihren Antrag erreichen zu können.

### Der polnische Außenminister konferiert mit Völkerbund-delegierten

Warszawa, 9. Dezember. Die Mitglieder der Mission der Völkerbund-delegation für Litauen mit Oberst Chardigny an der Spitze hielten eine längere Konferenz mit dem Außenminister Sapieha ab.

### Eine polnische Marineschule

Dirschau, 9. Dezember. Gestern fand hier der feierliche Eröffnungsakt der ersten Marineschule im Polen statt. Es waren anwesend der Abteilungschef für Marinewesen, Admiral Porembski, Mitglieder der englischen Marinemission, der polnische Generalkommissar in Danzig, Biadadecki und andere Regierungs Personen. Vor dem Eröffnungsakt wurde eine feierliche Messe abgehalten. Darauf wurde unter Ab singen polnischer Nationallieder die polnische Staatsflagge auf dem Turm des Gebäudes gehisst.

### Vom polnischen Landtag

Warszawa, 9. Dezember. Die nächste Sitzung der Außenkommission des Landtages findet heute, am Donnerstag, statt. Auf der Tagesordnung steht die Teschener Frage und die Antwort der Regierung auf die angemeldeten Interpellationen.

### Die Danziger Regierung

Danzig, 7. Dezember. Die Danziger Zeitung meldet: Die verfassunggebende Versammlung hat in ihrer letzten Sitzung die Regierung der Freien Stadt Danzig und den Senat gewählt. Vorher erklärte sich die Versammlung unter dem Widerspruch der Unabhängigen, Mehrheitssozialisten und Polen zum Volkstag. In der dann vorgenommenen Abstimmung wurde Oberbürgermeister Sahm mit 68 Stimmen zum Präsidenten der Freien Stadt Danzig gewählt. Die bürgerlichen Parteien haben durch die bewußte Ausschaltung der sozialdemokratischen Partei für die nächste Zeit die Verantwortung für die Regierung allein übernommen.

### Ehrung des Generals Haller

Warszawa, 8. Dezember. Heute um 11 Uhr fand in der St. Johanneskirche eine feierliche Messe zu Ehren des General Haller statt, an welcher der Staatspräsident, der Landtagspräsident und Vertreter der Regierung und des Landtages teilnahmen. Nach der Andacht wurde im Rathausaal dem General Haller ein Ehrensäbel zum Andenken an die Verteidigung Warschaus überreicht.

## Neue alldeutische Waffenfunde

Scharley, 8. Dezember. Bei Kandzia in der Birkenstraße wurden 11 Revolver und eine Menge Munition beschlagnahmt. Kandzia ist als aldeutscher Stoßtruppführer bekannt.

Chorow, 8. Dezember. Hier wurden auf der Königshütter Chaussee 27, im Borkeller 25 Revolver und viel Munition (naeckeln aus der Fabrik „Sauer und Sohn“), sowie 18 Gummifüppel beschlagnahmt. Chorow gilt als Nest der aldeutschen Stoßtrupps.

Zu der letzten Meldung über den Waffentransport aus Brieg erfahren wir ergänzend, daß die Beschlagnahme beim Grubenbaumeister Bayer in Gaborze erfolgte.

Landes an Polen. In dem organischen Statut, das die polnische Republik am 15. Juli 1920 angenommen hat, befindet sich eine Reihe von Paragraphen bezüglich der Steuern und der sozialen Fürsorge, die dem schlesischen Landtag gestellt werden, unverzüglich eine Verbesserung der Lage des Arbeiters herbeizuführen.

Es unterliegt keinem Zweifel daß der Anschluß Oberschlesiens an Polen dem oberschlesischen Arbeiter sowohl dem deutschen, wie dem polnischen bessere wirtschaftliche Bedingungen bringen wird. Die polnische Agrarreform wird den Arbeiter nicht nur den Erwerb von Acker für kleine Siedlungszwecke, für Gartenwohnung usw. unter sehr günstigen Bedingungen ermöglichen, sondern auch dem enteigneten Bauern durch Bargellierung der fiskalischen Güter wieder zu seinem alten Recht verhelfen. Der Anschluß Oberschlesiens an Polen wird also für die Einwohner ein Segen sein. Die polnische Regierung wird unverzüglich eine zielbewußte gerechte Politik zugunsten einer gerechten Verteilung der irdischen Güter betreiben. Die materielle Hebung des oberschlesischen Volkes wird dieses dann von selbst auf ein höheres Kulturniveau bringen. Die polnische Agrarreform wird ihre Vorteile nicht nur dem polnischen, sondern auch dem deutschen Bewohner Oberschlesiens bringen.

In kultureller Hinsicht wurde das polnische Element von der preußischen Regierung absichtlich vernachlässigt. In ihrem Memorial für die Friedenskonferenz sagten sie an einer Stelle, daß alle Schulen in Oberschlesien deutsch sind. Nach polnischen Schulen liege im Lande gar kein Bedürfnis vor. Die diesbezügliche Opposition kann nur der Aufhebung durch Agitatoren zugeschrieben werden. Das ist eine Verdrehung von Tatsachen. Es weiß doch jedes Kind, daß die preußischen Behörden nicht einmal den polnischen Privatunterricht dulden wollten und daß polnische Sprachlehrer zu Gefängnis verurteilt wurden, weil sie polnischen Unterricht erlaubt haben. Es bestand in Oberschlesien im Gegenteil ein Hunger nach polnischem Unterricht, aber das polnische Buch war in Oberschlesien verpönt. Es gab auch eine Menge polnischer Lehrer, die polnischen Unterricht gern erteilt hätten, doch hüteten sie sich wohl, solche Wünsche zu äußern. Die deutschen Behauptungen vom oberschlesischen Schulwesen sind der beste Beweis für die Auffassung, die Preußen von der Menschheitskultur im allgemeinen hat. In dieser Hinsicht ist der polnische Staat viel kultureller gesinnt, denn er gestattet den nationalen Minoritäten innerhalb seiner Grenzen den Gebrauch und die Pflege ihrer Muttersprache. Kommt Oberschlesien zu Polen, dann wird sich das Land der polnischen Kulturfreiheit erfreuen und beide Bevölkerungsklassen werden ein friedliches nationales Dasein nebeneinander führen können. Versetzungen von Lehrern und Beamten wegen ihrer angeblichen nationalen Unzuverlässigkeit nach reindeutschen Gegenden werden ein für allemal aufhören. Eine solche Kulturbarearie hält die Republik Polen unter ihrer Würde und sie hat in ihrem organischen Statut ihre toleranten Absichten bereits verbrieft.

Die deutsche Behauptung, die polnische Bewegung in Oberschlesien sei eine Folge der Tätigkeit verhezender Agitatoren, ist ein Zynismus sondergleichen. Es ist möglich, daß sich die Preußen in ihrem politischen Dünkel eindulden, die Nachbarländer seien so dummkopfisch, um alles zu glauben, was Preußen ihnen vorsagt.

## Zur Behebung der Wohnungsnot in Polen

Warszawa, 9. Dezember. Dank der Anregung und den Bemühungen des Ministeriums für öffentliche Wohlfahrt werden gegenwärtig Häuser in folgenden Städten errichtet: Krakau, Teschen, Bielszka, Kalisz und Włosławek. Ein Teil der Häuser ist schon errichtet, andere sind im Bau.

## Der Vertrag Polens mit Zentral Litauen

Warszawa, 9. Dez. Hier ist eine Kommission des Völkerbundes unter Führung Cardigni mit Vertretern der Kownoer Regierung eingetroffen. Inzwischen ist auch der Vertrag Polens mit Zentral-Litauen bekannt gegeben worden. Nach dem Vertrage garantiert Polen die Einhaltung der Bestimmungen der von der Völkerbundskommission getroffenen Abmachungen zwischen Jeligowski und Litauen, seitens Jeligowski, sofern die Litauer sich auf die Demarkationslinie vom Juni dieses Jahres zurückziehen, Polen sagte ferner militärische Hilfe an Jeligowski zu, falls die Litauer den Waffenstillstand brechen sollten.

### Das bolschewistische „Barengeld“

Riga, 9. Dez. Die „Rigaische Rundschau“ vom 16. November enthält einen mit dem Titel Russisches Geld versehenen Artikel, in dem u. a. folgendes ausgeführt wird:

Russische Agenten laufen hier in großen Mengen ausländische Valuta auf und verteuern dadurch künftlich die Importwaren, da sie für die Valuta jeden Preis zahlen. Sie sind in der Lage beliebige Preise zu zahlen, denn ihre Notenpressen arbeiten Tag und Nacht russisches „Barengeld“, hauptsächlich 500-Rubelscheine. Dieses „Barengeld“ ist als gefälscht anzusehen, da es immer die alten Unterschriften der zaristischen Minister und Bankdirektoren aufweist, um im Volke für das alte gute Geld gehalten zu werden, das einst durch Gold eingelöst werden wird. In Wahrheit ist dieses Geld ebenso wertlos wie das „Rätegeld“.

### Der Erzbischof Natti hält sich für unschuldig

Warszawa. Aus höchst zuverlässiger Quelle wird kategorisch versichert, daß die Behauptung der „Oberschlesischen Volksstimme“, wonach der Pfarrer Ullrich jede seine Rede dem päpstlichen Kommissar Natti zur Aprobation vorgelegt habe, vollständig falsch ist. Und gänzlich falsch ist es, daß der Kardinal Bertram seine Verordnung vor der Veröffentlichung dem päpstlichen Kommissar Natti unterbreitet hat.

### Die Griechen haben König Konstantin wieder

Athen, 9. Dezember. Die Volksabstimmung ergab 99 Prozent für und ein Prozent gegen die Rückkehr des Königs Konstantin. Die Zahl der Stimmenthaltungen ist ganz unbedeutend. Die Strafen sind besiegelt, es herrscht eine feierliche Stimmung.

### Aufruhr in der Textilindustrie

Berlin, 9. Dezember. In München-Gladbach haben 25 000 Arbeiter der dortigen Textilindustrie die Arbeit niedergelegt. Ihre Lohnforderungen waren bewilligt. Sie verlangten 48-stündige Arbeitswoche, die jedoch abgelehnt wurde.

### Neue Bearbeitung der deutschen Steuergesetzgebung

Berlin, 9. Dez. Aus parlamentarischen Kreisen wird mitgeteilt, der Steuerausschuß des Reichstags will erst diesen Dienstag die Grundsätze beraten, nach denen die gesamte Steuergesetzgebung und insbesondere die Frage des Reichsnatopfers neu bearbeitet werden sollen, doch ist leider nicht anzunehmen, daß diese Arbeit kurz sein wird.

### Ein Berliner Schieber in der Schweiz verhaftet

Berlin, 9. Dez. Der frühere Direktor des Edenhofes in Berlin, Birndorfer, der vor einigen Wochen wegen Schleichhandels vom Wuchergericht zu Berlin zu neun Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, und dann flüchtig wurde, ist in der Schweiz auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft verhaftet worden.

## Gerechtigkeit

Novelle von W. St. Beymont

54

Die ganze Mitte des Dorfes beiderseits der Dorfstraße war schon ein Raub der Flammen geworden.

Und die Flammenmähnen schoßen immer höher empor, legten über das Gemäuer, überschlugen sich, schäumten auf, zu dichtem, schwarzen Rauch geballt und spien ihre furchtbare rote Flammenflut von Gebäude zu Gebäude, von Hof zu Hof, über die Dorfstraße, über die Obstgärten hinweg, die ebenfalls schon zu brennen begonnen hatten.

Wieder ertönte das Sturmgeläut der Glocken; Verzweiflungsgeschrei, Wehklagen und Jammern ergossen sich über das ganze Dorf.

Die Leute rannten wie besessen hin und her, keiner versuchte dem Feuer Einhalt zu gebieten und der Brand breite sich siegreich aus, umfaßte immer weitere Strecken, fraß immer wütender, drang vorwärts wie ein böser Geist in einer Wolke von Rauch, wälzte sich über die Behausungen fort und wo er hingelangte, wo sein Feuerschein niederfiel, ergossen sich neue Flammenfluten, entstand neues Unheil und stiegen neue Schreie menschlicher Verzweiflung empor.

Niemand rettete, es gab nichts, womit man es hätte tun sollen, weder Geräte zum Löschens noch Wasser, niemand hatte auch die Geistesgegenwart dazu, und obendrein war die Hälfte der männlichen Bevölkerung außerhalb des Dorfes auf der Hezjagd hinter Jaschel und die Frauen in der Kirche zur Weiperandacht. Als die Menschen endlich zusammengekommen waren, konnte von einer Rettung nicht mehr die Rede sein. Das halbe Dorf war schon die sichere Beute der Flammen.

Die Glocken dröhnten immer kläglicher, der Pfarrer trat in einer Prozession mit dem Allerheiligsten in den Händen unter einem Traghimmel und von lästernden Kerzen, winzenden Handschellen und verzweifeltem Volk umgeben aus der Kirche heraus, mitten durch die Dorfstraße dem Brand entgegenschreitend.

„Heiliger Herr im Himmel.“ entlud sich das Lied der Not wie ein Vulkan aus der Brust der vom Unglück Geschlagenen.

„Heiliger, Unsterblicher! Erbarme dich unser!“ flehten

## Feierliche Verpflichtung des Danziger Senats

Danzig, 8. Dezember. Vorgestern fand die feierliche Verpflichtung des vorgestern gewählten Senats der Freien Stadt Danzigs statt. Die Unabhängigen verliehen während der Verpflichtung den Saal.

### Einspruch gegen die Reden der Reichsmintner im besetzten Gebiet

Zürich, 8. Dezember. Aus Genf wird gemeldet: Der französische und englische Botschafter, sowie der englische Gesandte erschienen gestern in Berlin beim Reichsminister des Innern Dr. Simons und überreichten ihm eine Note ihrer Regierungen, in der gegen die unlängst im besetzten Gebiet von den deutschen Reichsministern gehaltenen Reden Einspruch erhoben wird. In der Note wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß in Zukunft von solchen Reden Abstand genommen werden müsse. Die deutsche Regierung hat bisher über dies erstaunehnereggende Schrift der Entente Stillschweigen bewahrt, und es ist sonderbar, daß die Deßentlichkeit erst auf dem Umwege über Genf Kenntnis von dem Ententeinspruch gegen die Reden Fesrenbachs und Simons im Rheinland erhalten hat.

### Kerenski in Prag

#### Ein Kongress der russischen Sozialrevolutionären

Prag, 9. Dezember. Wie uns aus politischen Kreisen gemeldet wird, findet demnächst auf Einberufung Kerenski in Prag ein Kongress der russischen Sozialrevolutionären statt.

### Beratungen über Deutschlands Schuldsumme

Paris, 9. Dez. Die Zusammenkunft deutscher und alliierter Sachverständiger in Brüssel zur Bewertung der deutschen Schuldsumme soll nach einer Londoner Meldung des „Matin“ bereits in vierzehn Tagen stattfinden. Leygues und Lloyd George werden die Einzelheiten festsetzen.

### Oberschlesier, werft es Euch!

In dem gestrigen Leitartikel der Morgenpost werden die Oberschlesier von dem auswärtigen Hinzukommeling Kleiner „Podolier“ genannt. Jeder von Euch, der tiefer im Deutschen Reich war und beim Militär seine schwerste Preußenzzeit durchlebt hat, weiß, daß dies das ordinärste Schimpfwort war, mit dem Euch polnische Oberschlesier der Preuze zu verhöhnen pflegte. Der Herr „Dr.“ Kleiner kann die Zeit nach der Abstimmung garnicht abwarten — schon jetzt wirft er Euch in seiner Wut das Schimpfwort „Podolier“ an den Kopf. Oberschlesier, da hat aus seinem süßen Geleier heraus der preußische Haß gegen Euer angeborenes Wesen gesprochen. Der Hergelaufene, welcher hier Oberschlesiens Brot ißt, schimpft Euch im Feldwebelton „Podolier.“ Oberschlesier, merkt es Euch!

### Haltloses Geschwätz

Aus dem Grenzgebiet berichtet man uns, daß dort deutsche Agitatoren umhergehen und dadurch Stimmung gegen Polen zu machen suchen, daß sie ins Blaue hinein drauflos lügen und haltlose Behauptungen über Polen ausstreuen. So behaupten sie z. B., daß die Kriegsinvaliden, die in Deutschland irgend eine Rente erhalten, diefer verlustig gehen, sobald Oberschlesien zu Polen kommen sollte. Es ist natürlich dummes Geschwätz. Im Gegenteil werden die Renten der Kriegsbeschädigten in Polen eher verbessert, als verschlechtert werden. Auch die Fürsorge der Regierung für die Verwundeten wird besser werden als in Deutschland, wo schon so mancher den sogenannten „Dank des Vaterlandes“ in trauriger Weise hat am eigenen Leibe erfahren müssen.

ihre Seelen. Sie gingen in einem eng zusammengedrängten Haufen durch die Feuerstraße, unter dem Krachen der zusammenstürzenden Wände, im Regen der Feuerbrände und Funken, im Chaos elementaren Sausens, Pfiffens und Gezisches, das sich über das Dorf daherkämpfte, seine zahllos zerzausten Flammenköpfe zum Himmel erhob, ins Innere der Dorfhäuser einbrach und mit unersättlicher, wilder Gier alles verschlang und zu Boden riss.

„Bon Pest, Hunger, Feuer und Kriegsgetümme! Erlös uns allmächtiger Herr im Himmel!“ stimmte der Pfarrer mit feierlicher Stimme den Gesang an und die Tränen rannen ihm dabei über die bleichen Wangen. Die Glocken dröhnten ohne Ende dumpf und mächtig.

Das ganze Dorfvolk sang in wilder Angst aufheulend aus hundert Kehlen den Kehreim jenes Liedes der Not mit: „Erlös uns allmächtiger Herr im Himmel!“

Die Prozession bog jetzt vom engeren Umkreis der Dorfhäuser ab sie bewegte sich durch die Dorfgärten.

Der Schulze und der Gemeindeschreiber hatten inzwischen begonnen, ein Rettungswerk zuwege zu bringen.

„Wer hat den Brand angelegt?“

„Der Winziores hat es getan, der Winziores doch!“

„Hat man es nicht vielleicht gesehen, wie zuerst die Scheune Feuer fing, hinter der er sich versteckt hielt?“

„Winziores! Der Winziores — Brandstifter! Heran mit ihm!“ erscholl ein Schreien, das für einige Augenblicke selbst den Gesang der Betenden übertönte.

Ein furchtbarer Rachedurst ließ ihre Seelen aufzugehren.

„Sucht ihn, Fangt ihn, schlagt ihn tot, den Räuber!“ erklangen die Rufe.

Aber niemand wußte, wo er war.

Im dichten Haufen stürzten sich die wutentbrannten, rasenden Menschen auf das ehemalige Haus der Winziores jenseits des Baches, dem noch keine Feuersgefahr drohte.

Vor der Haustür saß Tekla, sie erhob sich wie ein Geist beim Anblick der heranrückenden Menschenmenge, ergriff eine Latte und begann mit der Stimme einer Wahnsinnigen zu schreien.

„Ich geb ihn euch nicht heraus! nicht heraus, nicht heraus!“

Hinter ihr aus dem Innern des Hauses tauchte als bald die hohe Gestalt von Jaschel selber auf.

„Er ist da! Er ist da! Faßt ihn!“ brüllte die Menge.

Sie stürzten auf das Haus zu, in einem Augenblick hatten sie die Tekla, die ihnen wie eine toll gewordene Hündin

den Eintritt wehrte, überrannt, überdessen war Jaschel wie unter einer plötzlichen Eingebung auf den Heuboden gesprungen und hatte die Bodenleiter eingezogen.

„Verbrennen! Verbrennen!“ heulten sie auf.

Man verriegelte die Türen, stemmte die Fenster mit Brettern zu, versperrte alle Zugänge mit Bäumen und wodamit sonst ein jeder konnte, worauf man das Haus an allen vier Ecken anzündete. Sie umzingelten es und warteten.

Das Strohdach fing rasch Feuer und in ein paar Augenblicken stand schon das ganze Haus in Rauch und Flammen.

Jaschel war erst aus seiner Betäubung erwacht, als die Flammen durch das Dach zu dringen begannen und ganze Feuerstöße sich über seinen Kopf ergossen, er sprang nach dem Dachfirst, schlug ein Brett der Giebelverschalung ein und stürzte sich hinunter, fast in die Arme der lauernden Bauern.

Er erhob sich nicht mehr, denn etwa fünfzig Fäuste, Stöcke schlugen, stießen auf ihn ein.

„Ins Feuer mit ihm! Für unseren Schaden! Ins Feuer!“ schrien wütende Stimmen.

Eine Anzahl Hände griff nach seinem Kopf und nach seinen Füßen zugleich, sie hoben ihn, schwankten ihn und schleuderten den willenslosen Körper wie einen Sack aufs Dach.

Das Dach stürzte ein und spie eine Wolke von Feuerfunk zum Himmel empor.

Ein einziger unmenschlicher Aufschrei aus dem Innern des Hauses durchschneidet die Luft.

Ein zweiter antwortete ihm von der Dorfstraße her...

Die Mutter hatte ihn ausgestoßen, die gerade in dem Augenblick in das brennende Dorf zurückgekehrt war, als man ihren Sohn ins Feuer warf.

Sie starre mit toten Blicken auf das flammenumloste Haus und stand unbeweglich mit ausgestreckten Händen und vorgebeugtem Körper da, als wollte sie dem Tod entgegrennen.

„Gerecht! Gerecht! Das ist gerecht! . . .“ wiederholte sie langsam und mit immer leiser werdender Stimme. Sie breitete die Arme aus, wurde plötzlich blau im Gesicht und sank vom Schlag getroffen tot zu Boden. —

Ende.

## Kreuzburg und Umgegend

Mitteilung unserer geschätzten Leser in Stadt und Land über  
Wohltaten der polnischen Stadtkommission in der Schriftleitung steht willkommen

Kreuzburg, den 9. Dezember 1920.

(Empfangsbescheinigung.) Von Herrn Walaszynski  
das Pitschen hat das polnische Plebiszitkomitee in Kreuzburg 142 Mark für Plebiszitzwecke dankend erhalten.

(Deutschnationalen Versammlung.) Hier fand Dienstag abends eine Versammlung der Deutschnationalen statt. Da Herr Dr. Kleiner nicht erschienen war, musste ein anderer Redner einspringen. Er erzählte der nicht besonders zahlreich versammelten Zuhörern dieselben Märchen, die in dieser Zeit so oft die "Nachrichten" ihren geduldigen Lesern austischen. Hervorzuheben ist seine ungeborene Redensweise, wie "polnische Mistbuden" usw. Den Polen zollte er in ihrer regen und tatkriifigen Agitation Lob und forderte sämtliche Zuhörer auf den Polen dies nachzumachen. Ob dies aber helfen wird? Wir bezweifeln es.

(Die "Kreuzburger Nachrichten" und die Staatschulen.) Die "Kreuzburger Nachrichten" behaupten in der heutigen Nummer, daß Deutschland zurzeit nur 250 Milliarden Schulden hat. Das stimmt ganz und gar nicht. Die Schulden Deutschlands werden nach Dr. Wirth bis Ende Dezember 1920 über 350 Milliarden betragen. Der Volkswirtschaftler Georg Münch schreibt in der "Wossischen Zeitung" vom 5. 12. 20 unter dem Titel: "Unser Finanzelend" nach Beprechung der nur schwierigen Schulden Deutschlands.

Doch alles das sind beinahe Kleinigkeiten gegenüber der großen Frage der endgültigen Entschädigung, die uns (Den Deutschen) die Feinde auferlegen. Doch darüber gehen immer die "Kreuzburger Nachrichten" zu schweigen — auch eine Poesie. — Die "Kreuzburger Nachrichten" raten der "Gazeta Opolska", sich künftig in Artikel über Finanzfragen nur von solchen Leuten schreiben zu lassen, welche wenigstens eine kleine Ahnung von solchen Fragen haben usw. Dasselbe sollten sich die "Kreuzburger Nachrichten" zu Herzen nehmen und dabei immer zweierlei beachten: Nichts von den deutschen Schulden verschweigen und nichts den polnischen hinzusehen, denn letztere betragen nur 80 Milliarden poln. Mark.

(Achtung Schneidermeister!) Die Versammlung Amtlicher Schneidermeister Oberösterreichs findet Sonntag den 12. Dezember 1920 nachmittags 2 Uhr in Beuthen, Hotel Reichshof statt. Alle Interessenten laden ein der Zentralvorstand des Handwerkerbundes

Slonski Zwionzel samodzielnych Rzemieslnikow.

(Achtung Tischler und Holzinteressenten!) Für Sonntag den 12. Dezember 1920 nachmittags 4 Uhr laden der Zentralvorstand des Slonski Zwionzel samodzielnych Rzemieslnikow sämtliche Holzhandwerker und Interessenten zu einer Versammlung zwecks Gründung einer Holzeinkaufsgenossenschaft ein. Erscheinen im eigenen Interesse erforderlich.

(Kotschanowiz. Die hiesige Ortsgruppe der Oberschlesischen Volkspartei hielt gestern hier eine Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Als Redner ist aufgetreten Herr Sekretär Gallmeier. Er streifte die Tagesfragen und erläuterte eingehend die preußischen und polnischen Steuergesetze, das Autonomiegesetz und legte klar und deutlich den Zweck der Oberschlesischen Volkspartei dar, die eine durchaus selbständige Verwaltung Oberschlesiens bei Polen anstrebt und bereits dieses Ziel in dem weitestgehenden Autonomiegesetz erreicht hat. — Die Versammlung ist sehr ruhig verlaufen, ohne jedwede Störung oder Zwischenrufe der Gegner. Es fanden sich ca. 150 Zuhörer ein, die das starke Bewußtsein, daß unser Glück nur bei einem Anschluß Oberschlesiens an Polen liegt, nach Hause brachten.

(Bodland. (Weihnachtsgeschenke für arme Kinder.) Vergangenen Sonntag hielt der hiesige Verein polnischer Hausfrauen seine Monatsversammlung ab. Es wurde u. a. beschlossen, Weihnachtsgeschenke unter die Kinder armer Eltern zu verteilen. Auf die Anregung eines Mitgliedes wurde auch zugleich eine Sammlung zu diesem Zwecke veranlaßt, die eine schöne Summe ergaben. Die Versammlung wurde sehr feierlich unter Absingung des Liedes "Sergia Matko" abgeschlossen.

(Konstadt. (Kaiserliches Postamt.) Ist es möglich, daß in dem demokratischen Deutschland solche Inschriften noch prangen? In Konstadt hat man das sonderbare Vergnügen, derartige Ueberreste aus der wilhelminischen Zeit zu beschauen. An dem hiesigen Postamt stehen in großen Lettern diese Worte "Kaiserliches Postamt". Konstadt wartet anscheinend immer noch auf den Deftereur von Holland. Was sagt der "Volkswille" dazu?

(Sabiniek. (Weihnachtsbescherung.) Die am letzten Sonntag hier stattgefundenen Versammlungen der Vereins polnischer Hausfrauen erfreute sich eines recht zahlreichen Besuchs. Ein von den Versammelten gestellter Antrag, für die Kinder armer Eltern eine Weihnachtsbescherung zu veranstalten, wurde einstimmig angenommen. Man ging auch gleich darauf zu einer Sammlung über, wobei eine recht beträchtliche Summe zusammenkam. Erfüllt von neuem Geist zur Arbeit an diesem erhebenden Werke verliehen die Versammelten nach Absingung eines Liedes den Saal. — Möge der polnische Frauenverein sich über ganz Oberschlesien verbreiten, dann wird das ideale Werk bald vollendet sein.

(Pitschen. (Schadenfeuer.) Vergangenen Sonntag brach im Sägewerk Locke im Maschinenraum Feuer aus. Das Dach des Maschinenschuppens brannte nieder. Die darin sich befindende Dampfmaschine wurde beschädigt. Auch ein Treibriemen wurde teilweise durch das tobende Element vernichtet. Der Schaden ist beträchtlich. Nur dem Umstände, daß die Feuerwehr schnell zur Stelle war, ist es zu verdanken, daß das Feuer nicht weiter um sich griff.

(Brune. (Versammlung der Oberschl. Volksarbeiter.) Am Dienstag hat hier eine Versammlung der Oberschlesischen Volkspartei stattgefunden. Als Redner war Herr Gallmeier erschienen. Er sprach sehr versöhnend und bemerkte, daß das kommende Fest des Friedens und der Versöhnung, das Weihnachtsfest, allen Parteihäder schlichten und insbesondere der unedlen Kampfesmeise der Heimattreuen ein Ende beenden möge. Man sollte nur mit ehrlichen Waffen kämpfen.

Dann meldete sich Herr Siebrecht zum Wort und begann seine Rede mit Lobgesängen auf seinen Vorfahren. Der Anfang seiner Ausführungen war sehr sachlich und versöhnend, um dann desto schlimmer gegen alles, was polnisch ist, aufzutreten. Es wurden immer lauter werdende Pfuirufe bemerkbar und schließlich wurde er, da er zu wütenden Schimpfereien über die Polen von seinem treudeutschen Herzen sich verleiten ließ, niedergeschrien und er mußte seinen "Versöhnungsversuch" abbrechen. Als der Wunderknabe Lellef erschien wurde er mit mächtigen Rufen, "Verräter", "Verräter" empfangen. Er zog es vor, sich so schnell wie möglich zurückzuziehen. Somit konnte er seine Märchen über Polen nicht vorbringen. Man sah ihn auch nicht mehr wieder. Bezeichnend ist es, wie Herr Siebrecht seine Stoßtrupplerbanden dressiert hat. Da er einsah, daß für ihn Hopfen und Malz verloren waren, so befahl er seinen Leuten (ca. 40—50 Mann): "Zieht Euch zurück, wir haben noch deutsche Disziplin." Also auch Herr Siebrecht ist Führer von organisierten Stoßtrupplerbanden. — Sogar Herr Richthofen aus Jakobsdorf sandte seine Garde nach Brune. Aber auch diese half nichts, sodaß die Versammlung ruhig zu Ende geführt wurde und die Überlegenheit der polnischen Anhänger bewies.

(Al. Lassowik. (Versammlung der Land- und Forstarbeiter.) Am gestrigen Mittwoch fand hier eine Versammlung der Land- und Forstarbeiter, an der ca. 200 Besucher teilnahmen, statt. Herr Jaron sprach in sehr überzeugender Weise und schilderte die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter bei einem Anschluß Oberschlesiens an Polen oder Bleiburg bei Deutschland. Er betonte, daß nur, wenn Oberschlesien zu Polen kommt, der Arbeiter die bisherigen Sklavenketten von sich werfen kann. Die Versammlung verließ daher ruhig.

(Rosenberg. (Verbrüht.) Einen qualvollen Tod erlitt das 2½ jährige Kind des Bäckermeisters und Konditors Gurof. Es fiel in einen mit Kochendem Wasser gefüllten Kessel und trug derart schwere Brandwunden davon, daß es bald verstarb.

(Oppeln. (Verfügung der Interalliierten Kommission.) Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission gibt in ihrem Amtsblatt erneut Verfügungen bekannt, von denen die der Schaffung technischer Postbeiräte und eines technischen Kirchenbeirates die bemerkenswertesten sind. In der Verfügung über die technischen Beiräte heißt es: Zwecks Wahrung der Interessen der polnischsprechenden Bevölkerung und in Beziehung auf den Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst werden in Oberschlesien eingeführt: Bei der Oberpostdirektion ein technischer Oberpostbeirat, bei den Post-, Telegraphen- und Fernsprechanstalten polnische Postbeiräte. Diese technischen Postbeiräte werden von der Interalliierten Kommission ernannt und führen folgende Titel: Oberpostbeirat bei der Oberpostdirektion, Postbeirat bei den Postämtern (Postdirektionen). Die unterstehen der Amtsgewalt des Direktors des Departements für Verkehrsmittel in derselben Weise wie die Beamte des Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienstes. Sie üben ihr Amt grundsätzlich unentgeltlich aus. Der Oberpostbeirat und die Postbeiräte sind berechtigt, den gesamten Betrieb im Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst genau zu beobachten und zu verfolgen.

In der Verordnung heißt es weiter, daß auf Grund eines an den Kontrolleur des Postdienstes beim Departement für Verkehrsmittel einzureichenden Gesuches die für erforderlich erachteten Schriftstücke mit geteilt werden. Wenn nach Ansicht der Postbeiräte Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, die geeignet erscheinen, den Interessen der polnischsprechenden Bevölkerung zu schaden, so sind sie berechtigt, die Angelegenheit beim Kontrolleur des Postdienstes anhängig zu machen. Nur der Oberpostbeirat beim Kontrolleur des Postdienstes ist mit einstweiliger Aufhebung oder Ungültigkeitserklärung jeder Anordnung der Postbehörde beauftragt, die als den Interessen der polnischsprechenden Bevölkerung entgegenstehen.

Die Bestimmung über den technischen Kirchenbeirat bestimmt, daß dieser den Titel Oberregierungsbeirat führt, sein Amt grundsätzlich unentgeltlich ausübt und der Amtsgewalt des Direktors des Departements des Innern in derselben Weise untersteht, wie alle Beamte der Abteilung für Kirchenmessen. Der Oberregierungsbeirat ist berechtigt, von allen Schriftstücken Kenntnis zu nehmen, die sich auf die in der Abteilung für Kirchenmessen bearbeiteten kirchlichen Angelegenheiten beziehen. Im Falle von Unregelmäßigkeiten, die gegeben erscheinen, die kirchlichen Interessen der polnischsprechenden Bevölkerung zu schaden, ist er berechtigt, die Anwaltschaft beim Chef der kirchlichen Abteilung des Departements des Innern unabhängig zu machen, kann durch dessen Vermittlung die einstweilige Aufhebung oder Ungültigkeitserklärung jeder Anordnung der Postbehörde beauftragt, die als den Interessen der polnischsprechenden Bevölkerung entgegenstehen.

## Der polnische Unterricht in der Volksschule

Jeder Mensch hat ein natürliches Recht darauf, daß er in der Muttersprache unterrichtet werde. Die Sprache hat Gott dem Menschen gegeben, daß er diese gebrauche von der Wiege bis zum Sarge. Durch Gesetz sollte aber die Sprache den Oberschlesiern genommen werden. Gesetze werden von Menschen gemacht — manchmal noch von was für welchen — die Sprache ist aber von Gott.

Dies erkannt auch schon die Berliner Regierung, doch schreitet diese Erkenntnis sehr langsam vorwärts. Sie hat den polnischen Unterricht in den Schulen eingeführt und mindestens 2. Kl. daß die Lehrer die Kinder, die am polnischen Unterricht teilnehmen mit gleicher Liebe behandeln, wie die Kinder, deren Eltern sich an dem Notgemeinschafts-Gottesdienst nicht beteiligen und ihre Kinder nicht in den poln. Unterricht schicken. Niemand kann sich darüber beklagen, daß der polnische Unterricht auf den Stundenländern nicht sehr stolz-mütterlich behandelt wird. Sofern der polnische Unterricht in den letzten Stunden steht, wo die Kinder durch den deutschen Unterricht ermutigt sind, ist dies ein großes Unrecht, das der Lehrer dem Ende zufügt.

Was allen Stufen soll der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werden. Dies ist recht und billig. Bis

zum Schuleintritt hat das Kind nur polnische Religionsbegriffe. Es geht in die Schule. Alte Fäden zwischen Mutter und Kindesherz werden zerrissen; das Kind muß die Sprache der Mutter verachten lernen und schließlich auch die Eltern, weil sie ihm diese Sprache beigebracht haben. Dabei darf es nie den Wortlaut des 4. Gebots: "Du sollst Vater und Mutter ehren", vergessen.

Polnisch sprechende Eltern, fordert polnischen Unterricht. Ihr fördert dadurch das Glück Eurer Kinder und Eurer eigenen Autorität:

- 1.) Polnischen Religionsunterricht auf allen Stufen,
- 2.) Polnisches Lesen und Schreiben mit dem Tage, wo das Kind zur Kenntnis der lateinischen Schreibbuchstaben gelangt ist.
- 3.) Polnischen Anschauungsunterricht.

## Wem Gott will rechte Kunst erweisen . . .

kleine Anfrage an Herrn Friedrich Bock, Tiefbauunternehmer und Häupling der Deutschnationalen in Beuthen OS., Franz-Josefsplatz.

Aber werter Herr Bock, wozu die vielen Gummiknüppel? Immer kamen in der letzten Zeit diese Sendungen unter ihrer Adresse an und mußten von der Interalliierten Behörde beschlagnahmt werden. Das hat sie wohl veranlaßt, den heißen oberschlesischen Boden zu verlassen? Auch Güterverwalter Bork fand den Transport sehr fatal und zog es vor, eine kleine Erholungsreise nach Deutschland anzutreten. Man erzählt sich, daß die Gummiknüppel dann auf der Gartenstraße 10 ein lustiges Feuerlein abgaben. Daß jemand, der Gummiknüppel für Stoßtrupps nach Oberschlesien schafft und dabei erwacht wird, flüchten muß — das findet man verziehlich. Eigentlich müßten auch die Unterführer Moritz-Birkhain, Scholtyssek-Groß-Dombrowska, Małachowicz, Kandzia-Scharley, Reinert-Chotzow sich aus dem Staube machen.

Aber wenn dieser Herr dann nichts eiligeres zu tun hat als in Breslau auf das Generalkommando zu rennen und dort herumzulüftern — das wirft auf die Geschichte seiner Schulz ein interessantes Schlaglicht. Was hat das Generalkommando in Breslau mit Ihren Gummiknäppeln zu schaffen? Oder waren Sie nicht z. B. am 27. November mit einem zweiten Herrn auf dem Generalkommando? Und Sie wohnen doch irgendwo in der Ernststraße, nicht?

Kommen Sie doch bald wieder, lieber Herr Bock! Nehmen Sie zurück, alles vergebens! Bork ist ja auch schon wieder hier, dann kann die Arbeit wieder gleich weiter gehen.

Thesyles.

## Die Stimme eines oberschl. Arbeiters

Aus dem Kreise Pleß schreibt uns ein Arbeiter:

Vor dem Kriege hat wohl kein einziger Arbeiter wieder in Deutschland noch hier in Oberschlesien sich so viel mit Politik beschäftigt, wie gerade heute. Denn früher galt seine ganze Sorge einzig und allein dem Erwerb seines täglichen Lebensunterhaltes. Seine ganze Kraft, seine ganze Energie verwandte er nur dazu, um unter den ungünstigen Verhältnissen das Stück Brot, das er mit seiner Familie schon verzehrt hatte, abzuarbeiten. Und heute, da die wirtschaftlichen Verhältnisse des Proletariats einigermaßen erträglicher geworden sind, heute, wo einem jeden Arbeiter nach achtstündiger Tagesarbeit noch die Möglichkeit gegeben ist, freie Stunden im Kreise seiner Familie zu verbringen und sie auf irgendwelche, ihm nutzbringende Art zu verwenden, was tuen da so viele oberschlesische Arbeiter? Nachdem wir eine Zeit, in der wir in raschelnder harter Arbeit und schwerem Daseinskampf nicht zu sich kommen konnten, glücklich hinter uns haben und nachdem wir auch die schweren Kriegsjahre während der uns das Hohenzollernregime und die Herrschaft des preußischen Militarismus durch fortwährende "Siege" in Ost und West im Schach gehalten und auf eine bessere Zukunft unter der Weltherrschaft Deutschlands vertröstet hat, nachdem wir eine solche nervenzerrüttende Zeit überwunden haben, da haben so viele oberschlesische Arbeiter nichts eiligeres zu tun gehabt, als sich zur deutschen Sozialdemokratie zu bekennen. Immer noch finden so viele Arbeiter unserer oberschlesischen Heimat nicht die Zeit dazu, nun einmal in ihr eigenes Inneres Einkehr zu halten um einmal in sich selbst nach der Wahrheit zu suchen, ohne den Verheizungs- und Verführungs-Künsten, in deren stupelloser Anwendung sogar die deutsche Sozialdemokratie ein wenig beneidenswerte Meisterschaft besitzt, ihr Ohr zu leihen. Ein jeder Arbeitsgenosse, der einmal solchen Gedankengängen nachgehen würde, müßte ein machtvolleres Wort aus seinem Inneren heraus hören, als nur das Bekenntnis zur deutschen Sozialdemokratie. Denn wird ihm nicht die mächtige Stimme seines Gewissens sagen, daß er vom polnischen Stamm ist, wird sie ihm nicht in Erinnerung bringen, daß seine Ahnen und Urahnen Polen waren, daß er zum Verräter an ihnen und an seiner Heimat geworden ist, wird sie ihm nicht die machtvollen Worte ins Ohr rufen: "Kehre zurück von den Abwegen, deines Bleibens ist nicht mehr bei einer sozialistisch-preußisch-nationalistischen Partei!"

Deutschlands furchtbare Schicksalsstunde schlägt am Tage der Abstimmung hier in Oberschlesien. Und es wird zugleich die Schicksalsstunde derer sein, die mit Blindheit geschlagen zu Verrätern ihrer Heimat, zu Verrätern der väterlichen Scholle geworden sind.

Nach ist es Zeit, daß ihr alle Kinder Oberschlesiens Euch in der letzten Stunde besinnt, daß Ihr dem hellen Lichte der Erkenntnis und Wahrheit entgegentrete! „Ihr müßt zu Höhen Euch aufringen in hohem Geisterflug; es hilft kein Fluch: Ihr müßt zur Klarheit ringen!“

Was der oberschlesische Bauer von dem deutschen Siedlungsgesetz zu erwarten hat und was von der polnischen Agrarreform?

Die "Kreuzburger Nachrichten" vom 7. d. Mts. beschäftigen sich mit dem deutschen Siedlungsgesetz und der polnischen Agrarreform und bilden sich ein, nachgewiesen zu

haben, daß das deutsche Siedlungsgesetz dem oberschlesischen Volke „viel größere Möglichkeit“ biete, als das polnische Agrargesetz. Der Artikel zeigt aber, daß die „Kreuzburger Nachrichten“ sogar vom deutschen Siedlungsgesetz keine Ahnung haben. Das soll sofort an der Hand des deutschen Siedlungsgesetzes nachgewiesen werden. So schreibt das deutsch-nationale Blatt:

„Was der oberschlesische Bauer (Arbeiter nicht!?) von dem deutschen Siedlungsgesetz vom 11. August 1919 zu erwarten hat, geht aus dem § 12 dieses Gesetzes hervor. Es heißt dort:

„Zu den Ansiedlungsbezirken, deren landwirtschaftliche Nutzfläche nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1907 zu mehr als 10 Prozent auf die Güter von 100 und mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche entfällt, sind die Eigentümer dieser großen Güter zu Landlieferungsverbänden zusammenzuschließen usw.“

Daraus folgt doch blos, daß die Eigentümer von mehr als 400 Morgen sich zu Landlieferungsverbänden zusammenzuschließen sollen. Weiter nichts. Vielleicht enthält aber der weitere Wortlaut des § 12 das, was der oberschlesische Bauer vom deutschen Siedlungsgesetz zu erwarten hat. § 12 R.-S.-G. lautet weiter: „Die Landlieferungsverbände sind rechtsfähig. Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Staatsdomänen wird nur für die Ermittlung des Hundertjahres mitgezählt.“

„Die Landeszentralbehörden können die Ausgaben der Landlieferungsverbände auch auf andere Stellen, insbesondere auf bestehende gemeinnützige Siedelungsgesellschaften oder auf landwirtschaftliche Organisationen übertragen. Das hat namentlich dann und zwar auf Kosten des Landlieferungsverbandes zu geschehen, wenn dieser in der Erfüllung seiner Lieferungspflicht häufig ist.“ So lautet wörtlich der § 12 des deutschen Reichs-Siedlungsgesetzes. In diesem Paragraphen steht also nichts davon, was das deutsche Siedlungsgesetz dem oberschlesischen Bauern zu geben verspricht.

Nichtsdestoweniger ziehen die schlecht vorbereiteten „Kreuzburger Nachrichten“ aus dem § 12 R.-S.-G. folgenden Schluß: Man höre und staune:

„Also nach dem deutschen Gesetz beginnt die Enteignung bei Gütern, die mehr als 400 Morgen haben.“ Das ist eine starke Zumutung an die logische Urteilskraft der Leser der „Kreuzburger Nachrichten.“

Was der deutsche Großgrundbesitz nach dem deutschen Siedlungsgesetz an landwirtschaftlicher Nutzfläche zu Siedlungszwecken hergeben soll, bestimmt der § 13 R.-S.-G. Absatz 2. Nach der Bestimmung dieses Paragraphen soll der Großgrundbesitz nur ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche für Siedlungszwecke bereit stellen. Der Großgrundbesitz braucht aber nicht einmal ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu Siedlungszwecken herzugeben, denn unter 10 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Siedlungsbezirktes darf nach dem deutschen Siedlungsgesetz der Großgrundbesitz nicht herabgehen.

Man wende also diesen § 13 z. B. auf die Besitzungen des Fürsten von Pleß an. Er besitzt 40 437 Hektar. Davon sind ungefähr 22 000 Hektar Wald und 18 000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Ein Drittel von 18 000 gleich 6000 Hektar. So viel müßte der Fürst von Pleß nach dem deutschen Siedlungsgesetz zu Siedlungszwecken hergeben. Er wurde also noch immer 34 000 Hektar behalten können. Das sind 136 000 Morgen. Das deutsche Siedlungsgesetz würde also den oberschlesischen Großgrundbesitz wenig treffen.

Anders nach der polnischen Agrarreform. Die polnische Agrarreform wird den oberschlesischen Magnaten höchstens pro Kopf nur 180 Hektar und in der Industriegegend sogar nur 60 Hektar belassen. (Artikel 2 des Ausführungsgesetzes zur polnischen Agrarreform vom 15. Juli 1920.)

Noch diesem Artikel würden der Handvoll oberschlesischer Magnaten (es sind ihrer 224) kaum 36 000 Hektar verbleiben. 516 000 Hektar oder 2 Millionen 357 000 Morgen werden ihnen gegen die Hälfte des Marktpreises abgenommen. Der Wald wird verstaatlicht, der Acker und die Wiesen parzelliert.

Die „Kreuzburger Nachrichten“ wollen da noch nachweisen, daß „das deutsche Siedlungsgesetz den oberschlesischen Bauern viel größere Möglichkeit biete als das polnische Agrargesetz“ und beruft sich auf das polnische Gesetz vom 15. Juli 1910 Art. 2, auf das wir uns oben auch berufen haben. Hauptgrundzah dieses Artikels ist, daß kein Großgrundbesitzer mehr als 10 Hektar Boden behalten kann. Wohl befiegt dieser Artikel, daß in „manchen Gegenden des ehemaligen preußischen Teilungsgebietes“ (nicht wie die „Kreuzburger Nachrichten“ schreiben, „für die Teile des ehemaligen preußischen Teilungsgebietes.“ Das ist gefälscht!) der Großgrundbesitzer auch 400 Hektar behalten (nicht bis auf 400 Hektar erhöhen), wie wieder die „Kreuzburger Nachrichten“ zu fälschen geruhen! Diese Vorschrift wird aber in Oberschlesien keine Anwendung finden. Denn sie hat nur für Polen und Westpreußen Gültigkeit, wie die Motive zu diesem Agrargesetz ergeben. Deswegen wurde ausdrücklich in diesem Artikel 2 bestimmt, daß nur „in manchen Gegenden“ der Großgrundbesitzer im westlichen Polen 400 Hektar behalten kann, nicht etwa soll. In ganz Polen werden die Güter bis auf 180 Hektar enteignet, jetzt schon. Es müßte Wunder nehmen, weshalb gerade in Oberschlesien die deutschen Magnaten 400 Hektar oder 1600 Morgen behalten können. Wohl vielleicht deshalb, weil die Großgrundbesitzer in Oberschlesien Polenfeinde sind? Sollten sie etwa deswegen zu ungünstigen des früher landberaubten oberschlesischen Landvolkes Rechte genießen? Die polnische Agrarreform wird keinen einzigen oberschlesischen Magnaten mehr als 180 Hektar bzw. nur 60 Hektar belassen. Das können die Oberschlesier schon daraus ersehen, daß im Lublinzer Kreise die polnischen Großgrundbesitzer schon jetzt ihren Besitz durch Parzellierung auf 180 Hektar herabmindern. Wir kommen darauf noch gründlich zu sprechen.

Beim Abdämmen des Feuers ereignete sich aus bisher unbekannten Gründen eine Explosion, der 7 Bergleute zum Opfer fielen. Verletzt wurde niemand. Die Namen der Toten sind: Johann Topisch, Peter Latoska, Karl Bonkel, Franz Parchy, Wilhelm Wanholyl, Theodor Schubert und August Giera.

Habsucht und Profitgier in die verpönte „Ostmark“ eindringen sind, eine grenzenlose Hangnute bewiesen. Solche Mittel, wie man sie deutscherseits anwendet, machen aber eine gegenseitige Toleranz unmöglich.

## Breifisches Lockspiegelkultum

Die Redaktion einiger polnischen Zeitungen erzieht folgendes charakteristisches Schreiben: „Rückblick des ‘Rosa Kas’ – Katowice. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß Sie Stimmen für die Volksabstimmung in Oberschlesien hören. Da ich mich in sehr schlechter Verfassung befinden, habe ich meine Stimme für Polen abzugeben. Bitte um ein Angebot. Wenn Sie nicht die zuständige Stelle sind, bitte ich um offene Weitergabe an die Propagandaabteilung oder offene Bekanntmachung, an welche polnische Stelle ich mich in Berlin wenden kann.“ Nachricht erblieb unter G. R. 231 020 Berlin Nr. 4, postlagernd.

Der brave Heimatverein hat geglaubt, mit dieser Lockspiegelkultus die Polen vor dem Krieg zu tönen. Nichts für ungut in die Hände! Die Welt sind zu plump und zu dummkopf, um wissen zu können. Wir stellen fest, daß der Gedanke eines „Herrschertums“ der Stimmen in Berlin entstanden ist, denn dort zuerst hat man mittels Verteilen von Geld und Werbung gesuchte Situations zu machen gesucht für die Freiheit des Volkes an Deutschland. Wir hängen damit das neue Zeugnis preußischen Spiegels niedriger. Die Sache war nicht neu, aber doch dümmer.

**Tarnowitz.** (Folken der Kreisgrafschaft.) Die Zahl der in Tarnowitz in Kinder der kleinen Stadt eindeutig laut ärztlicher Feststellung 2500 Knaben und 2500 Mädchen. Die Kinder haben das Alter bis höchstens 14 Jahre. Die Kinder nehmen an der Entwicklung teil. Ein Beispiel in der Spalte anzeigt ein neugiges Bild von der schöpferischen Entwicklung der Tarnowitzer Jugend.

Verantwortlicher Redakteur M. Smigelski.

Druck und Verlag von E. Thielmann.

## Vorsichtige Frauen

bei denen Hochzeitsregeln ausbleiben, die überlegen gern, was sie zu tun haben. Nahe am alten als langjähriger Fachmann kann Ihnen noch helfen.

Meine Original-Mittel bringen vielfach schon Überraschungen sofort

Erfolg. Ein einziger Versuch macht auch Sie für Ihr gutes Leben wieder froh und glücklich und werden an Sie

hunderte andere Frauen

sich vor der Dame barrikadieren erinnern. Ich habe Ihnen nicht zuviel gesagt, was viele Frauen sicherlich bestätigt haben, trotzdem un-

schädlich, Velle Garantie fließt sicherlich bei, sonst Geld und sämtliche Unkosten zurück. Vorsichtig diskret per Nachnahme.

E. Weißert. Hamburg 824, L5] Catharinenstr. 2.

## Zahnputzer Zahnpasta

23-

Blendend weiße, gelunde Zähne

In allen Apoth. Drog. u. Parfüm.

11 Waschbaumwolle !!

enorm billig 1 Bfd. 40-6

sich 15-10 Bfd. 146,- per

Nachnahme, 100 Bfd. 1400,-

Verkaufsstelle auf mein

Büro Breslau Nr. 45497 T 9

Engross & Lehmann, Export

Breslau, Poststr. 7

30 bis 45 Meter für 100

Nebenverdienst, noch leichter bei

nur 2 bis 3 Stunden Tätigkeits

Prospekt Nr. 115 gratis

P. Wagenbach, Verlag, Leipzig

## Toilettenseife

ff. parfümiert, hoch-

glänzend, poliert, ver-

güte Qualität, ver-